

Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werththätigen Bevölkerung.

Fernsprecher Nr. 926]

Mit der illustrierten Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“.

[Fernsprecher Nr. 926

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich abends (außer an Sonn- und Festtagen) mit dem Datum des folgenden Tages und ist durch die Expedition, Johannisstraße Nr. 50/52, und die Post zu beziehen. — Preis vierteljährlich Nr. 1.60. Monatlich 55 Pfg. — Postzeitungsliste Nr. 4069 a, sechster Nachtrag.

Die Anzeigengebühr beträgt für die viergespaltene Pettzeile oder deren Raum 15 Pfg., für Verammlungs-, Arbeits- und Wohnungs-Anzeigen nur 10 Pfg., auswärtige Anzeigen 20 Pfg. — Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, größere tags vorher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 113.

Dienstag, den 16. Mai 1905.

12. Jahrg.

Hierzu eine Beilage.

Flottenverein und Panzerplatten-Patrioten.

Dem deutschen Flottenverein war unlängst von einer Zeitungs-korrespondenz, vorgeworfen worden, daß er, der so ungeheuer rebellig Propaganda für Flottenbauten macht, sich nicht auch einmal ein wenig näher mit den Panzerplatten-Patrioten und deren Bewucherung des deutschen Volkes beschäftige. Der Flottenverein hat sich daraufhin veranlaßt gesehen, sich an die Firma Krupp mit der Bitte um Aufklärung darüber zu wenden, was es denn eigentlich mit der Ueberzeugung der deutschen Regierung auf sich habe, die den Panzerplattenfabrikanten, speziell der Firma Krupp, seit Jahren vorgeworfen werde. Er ersuchte speziell um Beantwortung folgender vier Fragen:

1. Ob die Firma Krupp den Vereinigten Staaten Panzerplatten zu billigerem Preise geliefert habe als an Deutschland?

2. Ob es richtig sei, daß die Firma Krupp zur Herabsetzung der Panzerplattenpreise erst durch die Verhandlungen der Budgetkommission im März 1901 bewogen worden sei?

3. Ob die Behauptung zutreffend sei, daß die Firma Krupp an die deutsche Marine noch zu höheren Preisen geliefert habe, als bereits in Amerika die Preise herabgesetzt gewesen seien?

4. Ob das Herabgehen der Preise in Amerika die Veranlassung gewesen sei, daß die Firma Krupp auch ihrerseits niedrigere Preise gestellt habe?

Diese Fragen hat die Firma Krupp folgendermaßen beantwortet:

ad 1. Sie habe überhaupt niemals Panzerplatten an Amerika geliefert, nicht einmal solche angeboten.

ad 2. Sie habe dem Reichsmarineamt bereits am 23. Juni 1900, also wenige Tage nach der Annahme des Flottengesetzes vom 14. Juni 1900, die Bereitwilligkeit erklärt, eine erhebliche Herabsetzung der Preise einzutreten zu lassen. In der Budgetkommission sei die Angelegenheit erst acht bis neun Monate später, nämlich am 2. März 1901 zur Sprache gekommen.

ad 3. Die Firma Krupp habe die Herabsetzung der Preise nicht nur sofort angeboten, sondern nachher auch auf die ihr schon vertragsmäßig zu bestimmten Preisen übertragenen Lieferungen, soweit sie noch nicht abgewickelt gewesen seien, einen Nachlaß gewährt.

ad 4. Die Verhandlungen zwischen dem Staatssekretär der amerikanischen Marine und den dortigen Panzerplattenwerkern hätten erst im September 1900 begonnen, also gleichfalls erst mehrere Monate, nachdem die Firma Krupp dem Reichsmarineamt eine Preisermäßigung angeboten habe. Die amerikanische Preisermäßigung sei übrigens darauf zurückzuführen gewesen, daß an die Panzerplattenwerke auf einmal ein Quantum von 37 000 Tonnen in Auftrag gegeben worden sei, das Jahreslieferungen enthalte habe, hinter denen die deutschen Jahresraten auch nach dem neuen Flottengesetz erheblich zurückgeblieben seien. Im übrigen sei es ein Unding, von Panzerplattenpreisen an und für sich zu sprechen. Die Hauptrolle bei dieser Preisfestsetzung spielten die gestellten Anforderungen, die aber in den beiden Ländern bekanntlich nicht dieselben seien.

Was diese Fragen und Antworten anlangt, so ist zunächst zu bemerken, daß die Frage 1 ganz überflüssig war. In der Budgetkommission sowohl wie in den Plenardebatten am 7. März 1901 wurde ausdrücklich erklärt, so z. B. von dem die Firma Krupp angreifenden Abgeordneten Müller-Fulda, daß kein Mensch behaupten wolle, daß die Firma Krupp Panzerplatten an Amerika geliefert habe. Diese Panzerplatten seien viel viel von amerikanischen Firmen geliefert worden. Ein Vergleich zwischen diesen Panzerplatten und denen der Firma Krupp sei deshalb angebracht, weil die Panzerplatten nach dem Krupp'schen Verfahren hergestellt worden seien, weshalb die amerikanischen Werke an die Firma Krupp pro Tonne eine Lizenzgebühr von 100 Mk. zu zahlen hatten.

Zu der Antwort auf die Frage 2 sei folgendes festzustellen: In der Reichstagsdebatte vom 7. März 1901 erklärte der Staatssekretär des Reichsmarineamtes v. Tirpitz, daß zwar Verhandlungen bezüglich einer Preisreduktion mit der Firma Krupp schwebten, daß dieselben aber noch zu keinem Abschluß gelangt seien. Nur soviel könne er mitteilen, daß die Firma Krupp sich erboten habe, den Preis pro Tonne um 150 Mark zu ermäßigen, wenn ihr eine Jahreslieferung von wenigstens 6000 Tonnen zugesichert werde. Die amerikanischen Panzerplatten aber wurden damals bereits zum Preise von 1900 Mk. geliefert, während die Firma Krupp sich bisher 2320 Mark pro Tonne hatte zahlen lassen. Krupp

wollte also immer noch 270 Mark mehr haben als die amerikanischen Panzerplattenfabrikanten, trotzdem diese doch noch 100 Mk. pro Tonne Lizenzgebühr an die Firma Krupp zu zahlen hatten! Es handelte sich also immer noch um eine Ueberzeugung und Bewucherung Deutschlands durch die Kanonenfirma!

Zu der Antwort auf Frage 3 ist zu bemerken, daß der Abg. Müller-Fulda als Berichterstatter der Kommission in seiner Antwort auf die Rede des Herrn v. Tirpitz ausdrücklich konstatierte, daß die Firma Krupp die 400 Mark mehr auch dann noch hat bezahlen lassen, nachdem das Flottengesetz zu Stande gekommen war und sich ihr damit Anfechtungen auf große Schwierigkeiten eröffneten. Für die Lieferungen im März und April des Jahres 1900 und die im Laufe des ganzen Etatsjahres erfolgten Lieferungen sei ein billigerer Preis nicht eingetreten! Nach wie vor seien 2320 Mk. pro Tonne gezahlt worden, während die amerikanische Regierung bereits seit August 1900 nur 1900 Mk. bezahlt habe!

In der Antwort auf Frage 4 erklärt zwar die Firma Krupp, daß den amerikanischen Panzerplattenfabrikanten auf einmal das Quantum von 37 000 Tonnen in Auftrag gegeben worden sei, sie verschweigt aber, daß diese Lieferung sich auf 5 Jahre verteilte, daß also die Jahreslieferung nicht ganz 7500 Tonnen betrug. Ferner behauptet die Firma Krupp, daß das deutsche Jahresquantum zurückgeblieben sei. So lange uns nicht die Firma Krupp bestimmte Zahlen angibt, glauben wir uns, diese Behauptung in Zweifel zu ziehen.

So viel über die Bewucherung des deutschen Volkes durch die Firma Krupp bis zum März 1901. Später erklärten sich dann die Panzerplattenpatrioten, auch ihrerseits den Panzerplattenpreis auf 1920 Mk. zu reduzieren, wenn ihnen sämtliche Panzerplattenlieferungen bis zum Jahre 1907 übertragen würden. Daß aber auch selbst bei diesem Preise die Panzerplattenfirmen ganz ungeheuerliche Profite machten, das konstatierte damals die „Köln. Volksztg.“. Sie schrieb:

„Die maßgebenden Personen dürften sehr wohl wissen, daß die seither mit 2320 Mk. pro Tonne bezahlten Platten den Herstellern nur 950 bis 1000 Mk. pro Tonne kosten und daß selbst wenn sie jetzt eine Herabsetzung des Preises auf 1920 Mk. erreichen, den Fabrikanten immer noch ein Nutzen von 100 Prozent auf die Herstellungskosten berechnet bleiben würde. Glaubt nun das Reichsmarineamt wirklich, unter allen Umständen teurer liefern zu müssen, und womit will es diese Ansicht begründen? Schon vor längerer Zeit ist mitgeteilt worden, daß ein rheinisches Konsortium sich bereit erklärt habe, vom Jahre 1903 ab gleiche Qualität Nickelstahl-Panzerplatten zu 1550 Mk. pro Tonne, also 770 Mk. billiger als seither an die Lieferanten bezahlt worden, zu liefern, wenn ihm nur die Zusage eines entsprechenden Teiles der künftigen Lieferung gegeben werde. Diese Offerte scheint auch zur Kenntnis der jetztigen Reichsregierung gekommen zu sein. . . . Damit (mit der oben erwähnten Uebertragung sämtlicher Lieferungen bis zum Jahre 1907) soll der Entstehung eines neuen Wertes der Boden entzogen werden, da dieses dann auf Jahre hinaus von allen Lieferungen für das Reich ausgeschlossen sein würde. . . .“

Was das beweist, welche fabelhaften Summen unsere Panzerplattenpatrioten an unserem Marinismus verdienen. Und der deutsche Flottenverein, der das, was wir soeben konstatiert, mit leichter Mühe den Erklärungen der Firma Krupp gegenüber selbst hätte feststellen können, hätte alle Ursache, wenn er denn wirklich einmal von der Notwendigkeit einer starken Flotte überzeugt ist, darauf hinzuwirken, daß die Flottenlieferungen möglichst verbilligt werden, denn je billiger geliefert wird, desto mehr Schiffe können ja gebaut werden! Da aber freilich hinter dem Flottenverein die Flotteninteressenten und Panzerplattenpatrioten selbst stecken, kommt es dem Flottenverein besonders darauf an, daß möglichst viel Milliarden für den Bau von Panzerplatten verpulvert und in die Taschen der Flotteninteressenten gefesselt werden. Die „Wehrkraft des Reiches zur See“ ist manchen dieser Herren nur Mittel zu Zweck!

(„Vorwärts.“)

Kulturische Nachrichten.

Deutschland.

Die abgelegte Berggeschnovelle! Wie die „Neue Politische Korrespondenz“ von unterrichteter Seite erfährt, liegt, falls die preussische Vorlage zur Berggeschnovelle im Abgeordneten- oder Herrenhause scheitern sollte, an maßgebender Stelle nicht die Absicht vor, mit einer ähnlichen Vorlage an den Reichstag heranzutreten. Das werden sich die Gegner des Bergarbeiter-Schutzes nicht zweimal sagen lassen. Sie werden mit dem Dinge verfahren, wie es die Junker mit der ersten Vorlage über den Mittel-

landkanal gemacht haben. Damals hieß die Parole: Werft das Schiefal in die Wolfschlucht! So wird denn auch die Berggeschnovelle ihrem Schicksale nicht entgehen. „Und alles bleibt wie zuvor. Nur der „Stärke“ weicht mutig zurück.“

Wegen des Reichstagswahlrechts. In seiner Schrift über den Freiherrn von Hammerstein erzählt Reuß, Hammerstein habe in einer Versammlung konservativer Notabeln mitgeteilt, Graf Botho Eulenburg sei nach dem Abzuge Cipriani das Amt eines Reichstagskanzlers angeboten worden, Eulenburg habe aber nur annehmen wollen, wenn ihm die Unterstützung aller Konservativen bei seiner Absicht gewiß sei, das allgemeine Wahlrecht auf einige Jahre zu suspendieren. Demgegenüber erklärt Graf Botho Eulenburg in der „Kreuzzeitung“: Ob eine solche Maßnahme seitens des Freiherrn von Hammerstein erfolgt ist, weiß ich nicht; ihr Inhalt ist vollständig unwahr. — Um zu beweisen, daß von konservativer Seite Versuche gemacht worden seien, die Schrift über den ehemaligen Redakteur der „Kreuzzeitung“, Freiherrn von Hammerstein, zu unterdrücken, teilt der Herausgeber Hans Dupp im „Vorwärts“ mit, daß er im Januar vom Privatsekretär des bekannten Parlamentariers Freiherrn von Eulenburg folgenden Brief erhalten hat: „Bettungsmaßnahmen zufolge beabsichtigen Sie, eine Sammlung von Briefen aus dem Nachlasse des ehemaligen „Kreuzzeitungs“-Redakteurs, Freiherrn von Hammerstein, herauszugeben. Im Interesse der konservativen Partei liegt dem Herrn Freiherrn v. Manteuffel-Kroffen sehr viel daran, von dem Inhalt der beabsichtigten Veröffentlichung baldmöglichst Kenntnis zu erhalten und läßt er Sie deshalb bitten, ihn zu einer Unterredung hierüber am Sonnabend den 14. ds. Mts., gegen 2 Uhr Nachmittags, in seinem Landeshause, Matthäikirchstraße 20, eine Treppe hoch befindlichen Sprechzimmer besuchen zu wollen.“ Auf diesen Brief, aus dem nur hervorgeht, daß Herr v. Manteuffel im Interesse der konservativen Partei von dem Inhalt der Schrift vorher Kenntnis haben wollte, ließ Reuß antworten: „Es ist sehr dreist, mir mitzuteilen, daß ich den Freiherrn von Manteuffel aussuchen soll, wenn dieser mit mir eine Unterredung der konservativen Partei wünscht. Ich bin für den Freiherrn, wie für jeden anderen Mann, in meiner Wohnung zu sprechen.“

Zum Totalisator-Gesetzentwurf, der die Spielwut bei Rennen zu Gunsten des Fiskus und der Pferdezucht fruchtbarisieren soll, ist jetzt der Kommissionsbericht erschienen. Danach hat der § 5 eine prinzipielle Aenderung erfahren. Während nach der Regierungsvorlage die Rennvereine die Hälfte des Ertrages der Reichsstempelpflicht von Wettrennen bei den von ihnen veranstalteten Pferderennen zur Verwendung für Zweck der Landespferdezucht überwiesen erhalten sollten, soll jetzt die Hälfte des Ertrages der Totalisatorabgabe den Regierungen der Einzelstaaten für Zwecke der Pferdezucht überwiesen werden. Maßgebend für die Aenderung des Paragraphen, mit der sich auch die Regierungsvertreter einverstanden erklärt halten, war, daß es schon aus staatsrechtlichen Erwägungen nicht angängig sei, einen Teil der Stempelpflichten an die Rennvereine, die doch lediglich Privatvereine seien, zu überweisen. Wenn den Einzelstaaten dagegen die Abgaben überwiesen würden, so sei es diesen unbenommen, sich der Mitwirkung der Rennvereine bei Verteilung der Mittel zu bedienen. Die Rennvereine dürften nur nicht als offizielle Korporationen in das Gesetz hineingebracht werden. Anträge auf Herabsetzung der Stempelgebühr bei Totalisatorwetten auf 10 oder gar auf 5 Proz. sind von den Antragstellern schließlich wieder zurückgezogen worden. Bei den Strafbestimmungen ist eine Minorität für eine vom einem Monat Gefängnis oder von 500 Mk. Geldstrafe festgesetzt worden, während der Regierungsentwurf nur die Maximalstrafe von 6 Monaten oder 1500 Mk. normiert hatte. Ferner ist neu hinzugefügt, daß bei mildernden Umständen auf eine Gefängnisstrafe bis zu einem Monat oder auf Geldstrafe bis zu 500 Mk. erkannt werden kann.

Wichtige Aenderungen im Bereiche der Arbeiterversicherung werden nach der „Köln. Ztg.“ vorbereitet. Erwähnt wird die Zuweisung der Invalidenversicherung der Schiffsmannschaft, die bisher von der Landesversicherungsanstalt ausgeübt wurde, in die Seeberufsgenossenschaft und die Durchführung der Witwen- und Waisenversicherung für die Seeschiffahrt. Die letzte Aenderung soll die allgemein einzuführende Witwen- und Waisenversicherung für die Arbeiterschaft des Deutschen Reiches vorbereiten und einleiten. Zu der Versammlung der Seeberufsgenossenschaft, die am 3. Juli in Kiel sich mit der Angelegenheit beschäftigen wird, hat die Reichsregierung mehrere Mitglieder des Reichsamts des Innern und des Reichsversicherungsamts als Vertreter designiert.

Der Zentrum's-Abgeordnete Erzberger teilt mit, daß er sämtliche Vorschläge der preussischen Novelle über die Bergarbeiterverhältnisse als Initiativantrag zur Gewerbeordnung

Zu vermieten zum 1. Juli 1 Wohnung,
160 Mt.

Sangerstraße 1.

Eine kleine Wohnung zu verm.
Meierstraße 10

Gesucht eine Frau bei einer
Wäscherin.
Angebot u. E 20 an die Exped. d. Bl.

Zu sofort ein Ofenseker.
F. Wegner, Brückstraße 2.

Ein starker Kinderwagen
passend für Händler, zu verkaufen
Belserstraße 28.

Geschäfts-Eröffnung.

Mit dem heutigen Tage eröffne ich das

Restaurant „Zur Glocke“

Glockengießerstraße 85

wieder.
Indem ich für gute Speisen und Getränke so
wie aufmerksame Bedienung Sorge tragen werde,
bitte um freundl. Unterstützung.

Hochachtungsvoll

Frau D. Schmitz.

Meinen werten Kunden zur gest. Nachricht,
daß mein Bierfahrer Heiner Schwartz ge-
stirbt ist und bitte meine Kunden, falls dieselben
nicht rechtzeitig bedient worden sind, mir dieses
durch Postkarte gültigst mitteilen zu wollen.
Stets gerne zu Diensten

Dorotheenstr. 1 A. Bogaske.

Brennholz.

Einige 100 Apfelsinenstübe, 1 u. 2 Stk.
für 5 Pfg. Nur bis 10 Stück an einen
Käufer.

Karl Voß, Holtenstraße 27.

Schmerzloses Einsetzen

künstlicher Zähne

ohne Herausnahme der Wurzeln
unter Garantie der Brauchbarkeit beim Essen
Teilzahlung gestattet.

M. Marks, Zahnkünstler,
Mühlentstr. 28.

Ihren reinguten 1,50
Federn einsehen 1,50
1 Jahr Garantie.

Ihrer Gläser 1. Qual. 0,30

Aug. Büttner,
Uhrmacher,
Gärstraße 32.

Goldene u. silb. Uhren

gut und billig.

L. S. Baruch, Pfandleihgeschäft,
Kaldienstraße 35.

Kranken-Unterstützungs-Bund
der Schneider.

Mitgliederversammlung

am Dienstag den 16. Mai

abends 8 1/2 Uhr

bei F. Lecke, Lederstraße 3.

Tages-Ordnung:

1. Abrechnung

2. Innere Kassenangelegenheiten.

Um zahlreiches Erscheinen der Mitglieder ersucht
Die Ortsverwaltung.

Sozialdemokratischer Verein.

Am Donnerstag den 11. d. M. starb unser Mitglied

Ignatz Dobmeyer.

Die Beerdigung findet am Dienstag den 16. d. M., vormittags
11 Uhr, von der Leichenhalle (Burgtor) aus statt.

Die Genossen werden ersucht, sich zur Teilnahme an der Beer-
digung um 10 Uhr im „Vereinshaus“ einzufinden. Abmarsch:
10 1/4 Uhr. — Um zahlreiche Beteiligung ersucht

Der Vorstand.

Gute Magnum bonum-Kartoffeln

50 Pf. empfiehlt
W. Westfahl, Engelsgrube 30.

Zum Klavierstimmen

empfehlen sich
H. Dührkoop, Mauer 57, b. d. Mühlentstr.

Von der internationalen Bibliothek

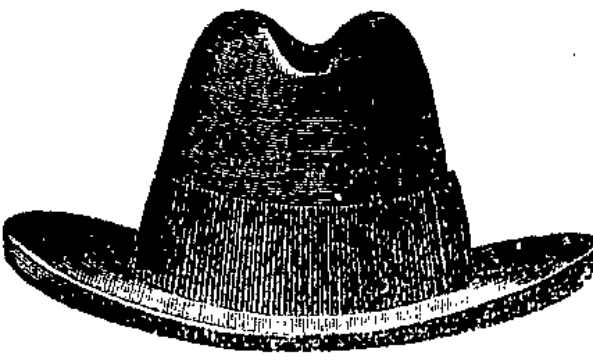
erste Serie

empfehlen wir besonders:

Kautsky, Karl Marx ökonomische Lehren,	geb. Mt. 2,—
Bebel, Ländliche Arbeiterfrage,	" " 2,50
Bebel, Charles Fourier,	" " 2,50
Stern, Philosophie Spinoza's	" " 1,50
Kautsky, Das Erfurter Programm,	" " 2,00
Fr. Engels, Die Lage der arbeitenden Klassen in England,	" " 2,50
Stepniak, Der russische Bauer,	" " 2,—
Mehring, Die Lessing-Legende,	" " 3,50
H. Lux, E. Cabet und der ularische Kommunismus	" " 2,—
Plechanow, N. G. Tschernischewsky,	" " 3,—
Fr. Engels, E. Dühring's Umwälzung der Wissenschaft	" " 3,—
Dietzgen, Das Aquisit der Philosophie und Briefe über Logik	" " 2,—
C. Hugo, Die englische Gewerkvereins-Bewegung	" " 2,—
K. Marx, Revolution und Contre-Revolution in Deutschland	" " 2,—

Buchhandlung von Friedr. Meyer & Co.

Johannisstraße 50.



E. Hirsekorn

Lübeck, Sandstraße 20

empfehlen sein großes Lager von

Seiden-, Filz- und Strohhüten
sowie Mützen

für Herren und Knaben,

sehr billige Preise.

„Die Neue Zeit“

— Wochenchrift der deutschen Sozialdemokratie. —

Redigiert von Karl Kautsky.

Zu beziehen durch die

Buchhandlung von Friedr. Meyer & Co.

Johannisstraße 50.

Verband d. Fabrik-, Land-, Hilfs-
arbeiter u. Arbeiterinnen Deutschl.
(Bastille Lübeck)

Mitglieder- Versammlung

am Dienstag den 16. Mai

abends 8 1/2 Uhr

im Vereinshaus, Johannisstr. 50/52

Tages-Ordnung:

1. Aufnahme.
2. Kartellbericht.
3. Fragekasten.
4. Verschiedenes.

Die Ortsverwaltung.

Großer Zirkus E. Blumenfeld Ww

ant dem Burgfeld in Lübeck.

Heute Montag den 15.

u. morgen Dienstag den

16. d. Mts.,

je abends 8 Uhr:

Grosse

Elite-

Vorstellungen

mit ganz hervorragendem

Programm.

Auftreten der vorzüglichsten Ar-
tistinnen und Artisten in ihren
Glanzleistungen, sowie Vorführung
der edelsten Pferde des sehr reichen
Marstalles in neuen und stannen-
erregenden Dressuren. Vorzüg-
liche Clowns u. Auguste. Origi-
nelle Intermezze. Vorzügliche
Quadrillen und Mänöver.

Hochachtungsvoll

Gebr. Blumenfeld,

Direktoren.

Mittwoch den 17. d. M.,

nachmittags 4 Uhr:

Erste große Schüler-

u. Kinderdarstellung

mit extra für die Jugend passend

zusammengestelltem Programm.

Stadt-Halle.

Dienstag: Abonnements-Vorstellung 9.

Zu halben Preisen.

Madame Bonivard.

Schwank in 3 Akten

Anfang 7 1/2 Uhr. Von 7 Uhr: Konzert.

1. Parlett 1 Mt., 2 Parlett 50 Pfg

Mittwoch: Kettenglieder.

Von den im Verlage des „Vorwärts“ unter dem zusammenfassenden Titel „Kulturbilder“ herausgegebenen wichtigen Ab-
schnitten aus der Kulturgeschichte beginnt soeben der zweite Band zu erscheinen. Dieser Band behandelt:

Die Hohenzollern-Legende

Von Max Maurenbrecher.

Vom Standpunkt der materialistischen Geschichtsauffassung aus wird
hier ein Bild des brandenburg-preussischen Staates gezeichnet. Wir sehen ihn
entstehen aus der großen Wanderung heimatlos gewordener deutscher Bauern,
und wir erfassen die Notwendigkeit, warum in diesem Staatswesen der ritter-
liche Adel die führende Klasse wurde. Wir sehen, wie die Hohenzollern als
Fremdlinge ins Land kommen; wie der Adel aus dem Raubritter zum Ge-
treibeverkäufer ward. Wir sehen die Knechtung und Ausbeutung der Bauern
und die rücksichtslose Niederwerfung der Städte, und wie die Hohenzollern
darin dem Adel getreulich halfen.

Wir werden allen Nachdruck darauf legen, bei jedem einzelnen Punkte
die Nebel zu zerstreuen, die der Volksschulunterricht, nicht nur in Preußen, son-
dern auch im übrigen Deutschland über die Hohenzollerngeschichte gelagert hat.
Wir fragen bei allen Fürsten zuerst: was hat er als Vertreter der Monarchie
für die Kultur, für die Leistungsfähigkeit und das Vorwärtkommen seiner
Untertanen geleistet? Welchen Klassen und welchen Interessen hat seine
Politik gedient? Dabei wird es unser Hauptbestreben sein, zu zeigen, was die
unteren Klassen an diesem Fürstengeschlechte gehabt haben. Das Märchen
vom sozialen Königtum der Hohenzollern zu zerpfücken und zu zerzaufen, die

Tatsachen der Wirklichkeit, die attennmäßig feststehen, diesem Märchen entgegen-
zustellen, das ist unsere Absicht.

Wir rechnen auf Leser aus allen Kreisen der Arbeiterschaft, die gewillt
sind, die geschichtliche Wirklichkeit zu erfahren. Aber wir denken noch ganz be-
sonders an die schulentlassene Jugend, die anfängt, ins Leben zu treten. Ihnen
hat die Schule noch eben den Kopf voll Dunst und Wehrauch gelassen; ihnen
in erster Linie soll dieses Werk Befreiung, Klärung, wissenschaftliche Kenntnisse
bringen. Es will an seinem Teile helfen, sie in die Reihen des kämpfenden
Proletariats zu führen.

Auch dieser Band wird gegen 400 Abbildungen und Dokumente aus der
Zeit bringen, mit deren Hilfe die Darlegungen des Verfassers anschaulich ge-
macht, das Interesse für vergangene Zeiten angeregt werden soll.

**Der Band erscheint in 50 Lieferungen à 20 Pfg.; wöch-
entlich erscheint ein Heft.**

Jeder Band der „Kulturbilder“ ist für sich abgeschlossen, so daß der Bezug
dieses Werkes nicht das Abonnement auf die folgenden Bände notwendig macht.

Zu beziehen durch die **Buchhandlung von Friedr. Meyer & Co., Johannisstraße 50,**
sowie deren Kolporteurs und Austräger.

Deutsche Dauersohlen-Gesellschaft

Deutsches Reichspatent
No. 141 400



Deutsches Reichspatent
No. 141 400

Eine „Epochemachende Erfindung“ ist die

Dauersohle

Deutsches Reichspatent No. 141400

deren Herstellungsrecht ich erworben habe und deren alleiniger Hersteller ich für den hiesigen Platz bin. Ich gehe mit der Behauptung nicht zu weit, wenn ich sage, daß diese patentirten Sohlen geradezu eine Wohlfahrt für Jedermann bedeuten. Ein Versuch wird Sie zweifellos veranlassen, in der Folge nur Dauersohlen für Ihren Bedarf zu verwenden.

==== Vorzüge: =====

Dauersohlen

halten zwei-, ja dreimal so lange, als andere Sohlen.

Dauersohlen

eignen sich für Schuhe und Stiefel jeder Art.

Dauersohlen

sind also im Verhältnisse billiger als andere Sohlen.

Alleiniger Hersteller:

F. Meyer, Schuhmachermeister
und Schuhwaren-Handlung,

Lübeck, Huxstrasse 118.

In den Landtagswahlen in Sachsen.

Was Sachsen wird dem „Vorwärts“ geschrieben: Wie bekannt, ziehen bei den diesjährigen Landtagswahlen die ehemaligen Kartellüber, Konserverfabrik und Nationalliberale, getrennt in den Wahlkampf.

Das Kartell trat formell zum erstenmal im Jahre 1887 in die Erscheinung. Die Fortschrittler der Sozialdemokratie in Sachsen trieben zwar schon bei früheren Wahlen — speziell bei Stichwahlen — zum Nichtstosse wie zum Landtage die beiden Parteien zusammen.

Bereits bei den Landtagswahlen im Jahre 1887 zeigte es sich aber schon, daß das Kartell sozialdemokratische Wahlerfolge nicht zu verhindern vermochte; bei dieser, wie bei allen nachfolgenden Landtagswahlen errang die Sozialdemokratie neue Mandate.

Von Wut und Angst verführten kann im Jahre 1896 die sächsischen Kartellüber den Wahlerrechtsraub, um die Sozialdemokratie bei den politischen Kämpfen in Sachsen in den Hintergrund zu drängen. Die Nationalliberalen beherrschten dabei außerdem der Hintergebanten, das Erbe der Sozialdemokratie antreten, die Mandate in den industriellen Wahlkreisen erringen zu können.

Der Eingängige.

Kriminalroman von Friedrich Thieme.

27. Fortsetzung.

(Nachdruck verboten.)

Der Kriminalschuttmann Moritz Gering stand im Renommee eines außerordentlich tàikräftigen Beamten. Seine Schaulust, Unerforschbarkeit und Unerwundlichkeit hatten der Behörde schon die schätzenswertesten Dienste geleistet.

Mit Eifer suchte der Dunkelheit bezogen die beiden Verbündeten ihren Posten. Der Detektiv hatte bereits während des Nachmittags dem vorausschicklichen Schauplatz ihres nächsten Unternehmens einen Besuch abgestattet, um das Terrain zu sondieren und womöglich einen zum Verbergen geeigneten Ort zu entdecken.

zweiten Wählerklasse eindringen, bisher aber schon die Kleinrentner, Kleinrentner und Handwerkerleistungen beherrschten. Aus diesen Gesichtspunkten muß die Aufhebung des Kartells und der Beginn des Landtags-Wahlkampfes in Sachsen bekräftigt werden.

Engländer und Parteilieben.

Die Ludwigshafener Brauereiarbeiter beschlossen, alle Mittel anzuwenden, um einen Tarifabschluß zur Durchführung zu betreiben, damit der Arbeiterschaft durch ein Arbeitsverhältnis gesichert wird.

Die Schneider Würzburgs haben den Vergleichsvorschlag des Gewerbegerichtsvorsitzenden angenommen, wonach Straftarbeit an organisierte Arbeiter vergeben werden darf.

Der Schneidergehilfenstreik in Leipzig dauert fort. Die Mitglieder des Arbeitgeberverbandes dürfen die Forderungen immer noch nicht bewilligen; solange sie vom Zentralvorstand in München hierzu keine Anweisung bekommen, müssen sie die Schlichtung ruhig weiter streifen lassen.

Die Lohnbewegung der Pfaffenberger in Frankfurt a. M. ist beendet. Zwischen den Parteien kam folgender Vergleich zu Stande: Der Stundenlohn beträgt auf drei Jahre 55 Pfennig.

Daß ein Arbeitswilliger wegen Streikposten-Bedrohung verurteilt wird, ist ein so seltener Fall, daß er dient, registriert zu werden. Der Weber Börner in Kassel war wegen Verletzung und Nötigung angeklagt und hatte sich deshalb vor der Strafkammer zu verantworten.

Abrücker Freisprechung. Dem Antrag gibt das Gericht nicht statt, sondern verurteilt den R. wegen Bedrohung zu 10 M. Geldstrafe und in die Kosten des Verfahrens.

Zu dem Streik der rheinisch-westfälischen Brauereien erklärt die „Zitt. Ztg.“, daß der Vorstehende des Deutschen Brauereibundes, Kommerzienrat Hinrich, sich an den rheinisch-westfälischen Brauerverband mit dem Vorschlage gewandt hat, den ganzen Streik einem Schiedsgericht vorzutragen.

Der Grundstein, das Organ des Zentralverbandes der Maurer Deutschlands, hat eine Auflage von 160 000 erreicht, also gegen den höchsten Stand im vorigen Herbst um 10 000 zugenommen.

Die 7. Generalversammlung des Zentralverbandes der Töpfer und Berufsgenossen Deutschlands konstituierte sich im Saale des Eberbräu-Kellers in München am vorigen Sonntag. 59 Delegierte haben sich eingefunden.

haupte in prächtiger winterlicher Klarheit. Selbstverständlich trugen die Verbündeten Sorge, sich der Möglichkeit eines eiligen Ausganges zu sichern, die beiden Türen, welche den Weg zur Haustür vermittelten, standen offen, und letztere selbst war nur eingeklinkt.

Der Rechtsanwalt hatte sich die Beschaffung vortrefflicher Zigarren und eines guten Trunks angelegen sein lassen, und der Detektiv entzündete eigenhändig und mit großem Geschick im Dien ein tüchtiges Feuer, so daß sich bald eine erträgliche Wärme in dem bodunkeln Gemache verbreitete.

Wie zu erwarten, sah die Dauscher ihre Geduld auf eine harte Probe gestellt. Eine Stunde nach der andern verstrich, ohne daß sich etwas Bemerkenswerthes zutrug. Verschiedene Personen gingen im dem Hause aus und ein, aber weder bestand sich Frau Kolter unter ihnen, noch bot eine derselben den geringsten Anlaß zum Verdacht.

Die erste Stunde kam heran; ungeduldig, aber fast unhörbar trommelte der Detektiv mit den Fingern auf das Fenstergitter.

„Aufscheinend warten wir vergeblich“, flüsterte er. „Darauf müssen wir gefaßt sein.“ „Was aber dann? Wollen wir unsern Versuch die nächste Nacht wiederholen?“

„Weil Morelly keine Zeit verlieren darf. Der Schloffer kann ja morgen Nachmittag schon verraten, was er unter allen Umständen für sich behalten soll.“

„Zum Unglück verschwand gegen halb zwölf Uhr der Mond hinter den Häusern, wodurch sich die Aufgabe der Observatoren erheblich erschwerte.“

Mitternacht — halb ein Uhr — ein Uhr.

„Wt — drüben an der Tür — ah — ein Schatten schiebt sich heraus und längs der Mauer hin —“ „Es ist die Gestalt einer Frau.“ „Sie ist es — jetzt scheinigst nach.“

